

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf.
Bei Abnahme von mehreren Bogenstücken, bei Bestellungen von 5 Bogen durch postfreie Kassenlager in
Leipzig und auf dem Lande außerdem Vorteile; durch die Post 1,50 Mk. außer 42 Pf.
Vergütung. - Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal mit nur 6 den Sonntag ausgenommen.
- Kaution mit zwei Grundbesitzungen ist nur mit positiver Kassenbescheinigung zulässig.
- Für Rücksende unbenutzter Bogenstücke übernehmen wir keine Verantwortung.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
3 seilig. Illustr. Unterhaltungsbil-
d. neuest. Romanen und Novellen.
4 seilig. landwirtsch. u. Handelsbil-
d. mit neuesten Marktnotierungen

Anzeigenpreis: für die erste Zeile eines Abends 10 Pf., für die zweite 8 Pf., für die dritte 6 Pf., für die vierte 5 Pf., für die fünfte 4 Pf., für die sechste 3 Pf., für die siebente 2 Pf., für die achte 1 Pf., für die neunte 1 Pf., für die zehnte 1 Pf., für die elfte 1 Pf., für die zwölfte 1 Pf., für die dreizehnte 1 Pf., für die vierzehnte 1 Pf., für die fünfzehnte 1 Pf., für die sechzehnte 1 Pf., für die siebenzehnte 1 Pf., für die achtzehnte 1 Pf., für die neunzehnte 1 Pf., für die zwanzigste 1 Pf., für die einundzwanzigste 1 Pf., für die zweiundzwanzigste 1 Pf., für die dreiundzwanzigste 1 Pf., für die vierundzwanzigste 1 Pf., für die fünfundzwanzigste 1 Pf., für die sechsundzwanzigste 1 Pf., für die siebenundzwanzigste 1 Pf., für die achtundzwanzigste 1 Pf., für die neunundzwanzigste 1 Pf., für die dreißigste 1 Pf., für die einunddreißigste 1 Pf., für die zweiunddreißigste 1 Pf., für die dreiunddreißigste 1 Pf., für die vierunddreißigste 1 Pf., für die fünfunddreißigste 1 Pf., für die sechsunddreißigste 1 Pf., für die siebenunddreißigste 1 Pf., für die achtunddreißigste 1 Pf., für die neununddreißigste 1 Pf., für die vierzigste 1 Pf., für die einundvierzigste 1 Pf., für die zweiundvierzigste 1 Pf., für die dreiundvierzigste 1 Pf., für die vierundvierzigste 1 Pf., für die fünfundvierzigste 1 Pf., für die sechsundvierzigste 1 Pf., für die siebenundvierzigste 1 Pf., für die achtundvierzigste 1 Pf., für die neunundvierzigste 1 Pf., für die fünfzigste 1 Pf., für die einundfünfzigste 1 Pf., für die zweiundfünfzigste 1 Pf., für die dreiundfünfzigste 1 Pf., für die vierundfünfzigste 1 Pf., für die fünfundfünfzigste 1 Pf., für die sechsundfünfzigste 1 Pf., für die siebenundfünfzigste 1 Pf., für die achtundfünfzigste 1 Pf., für die neunundfünfzigste 1 Pf., für die sechzigste 1 Pf., für die einundsechzigste 1 Pf., für die zweiundsechzigste 1 Pf., für die dreiundsechzigste 1 Pf., für die vierundsechzigste 1 Pf., für die fünfundsechzigste 1 Pf., für die sechsundsechzigste 1 Pf., für die siebenundsechzigste 1 Pf., für die achtundsechzigste 1 Pf., für die neunundsechzigste 1 Pf., für die siebenzigste 1 Pf., für die einundsiebzigste 1 Pf., für die zweiundsiebzigste 1 Pf., für die dreiundsiebzigste 1 Pf., für die vierundsiebzigste 1 Pf., für die fünfundsiebzigste 1 Pf., für die sechsundsiebzigste 1 Pf., für die siebenundsiebzigste 1 Pf., für die achtundsiebzigste 1 Pf., für die neunundsiebzigste 1 Pf., für die siebenundachtzigste 1 Pf., für die einundsiebenundachtzigste 1 Pf., für die zweiundsiebenundachtzigste 1 Pf., für die dreiundsiebenundachtzigste 1 Pf., für die vierundsiebenundachtzigste 1 Pf., für die fünfundsiebenundachtzigste 1 Pf., für die sechsundsiebenundachtzigste 1 Pf., für die siebenundsiebenundachtzigste 1 Pf., für die achtundsiebenundachtzigste 1 Pf., für die neunundsiebenundachtzigste 1 Pf., für die siebenundneunzigste 1 Pf., für die einundsiebenundneunzigste 1 Pf., für die zweiundsiebenundneunzigste 1 Pf., für die dreiundsiebenundneunzigste 1 Pf., für die vierundsiebenundneunzigste 1 Pf., für die fünfundsiebenundneunzigste 1 Pf., für die sechsundsiebenundneunzigste 1 Pf., für die siebenundsiebenundneunzigste 1 Pf., für die achtundsiebenundneunzigste 1 Pf., für die neunundsiebenundneunzigste 1 Pf., für die achtzigste 1 Pf., für die einundachtzigste 1 Pf., für die zweiundachtzigste 1 Pf., für die dreiundachtzigste 1 Pf., für die vierundachtzigste 1 Pf., für die fünfundachtzigste 1 Pf., für die sechsundachtzigste 1 Pf., für die siebenundachtzigste 1 Pf., für die achtundachtzigste 1 Pf., für die neunundachtzigste 1 Pf., für die neunzigste 1 Pf., für die einundneunzigste 1 Pf., für die zweiundneunzigste 1 Pf., für die dreiundneunzigste 1 Pf., für die vierundneunzigste 1 Pf., für die fünfundneunzigste 1 Pf., für die sechsundneunzigste 1 Pf., für die siebenundneunzigste 1 Pf., für die achtundneunzigste 1 Pf., für die neunundneunzigste 1 Pf., für die hundertste 1 Pf., für die einhundertste 1 Pf., für die zweihundertste 1 Pf., für die dreihundertste 1 Pf., für die vierhundertste 1 Pf., für die fünfhundertste 1 Pf., für die sechshundertste 1 Pf., für die siebenhundertste 1 Pf., für die achthundertste 1 Pf., für die neunhundertste 1 Pf., für die tausendste 1 Pf.

Nr. 23.

Mittwoch den 28. Januar 1914.

40. Jahrg.

Landwirtschaftliche Fragen
und Fortschrittliche Volkspartei.

In der jetzt zum Abschluß gebrachten zweiten Be-
ratung des Landwirtschaftsetats hat der
Redner der Fortschrittlichen Volkspartei, Abg. Dr.
Rachnide, die Stellung der Fortschrittlichen
Volkspartei zu mehreren landwirtschaftlichen Fragen
präzisiert. Wie es bei diesem Etat nicht anders
möglich war, ist er dabei auch auf die Zoll-
politik, obwohl diese an sich eine Sache des
Reiches ist, eingegangen und hat auf die Frage, was
die Fortschrittliche Volkspartei an dem Zolltarife
ändern wolle, bündig erwidert:

Wir verlangen eine Revision des
Zolltarifs - und hier bewegen wir uns in
den Grenzen der praktischen Politik - nach der
Seite der Futtermittelzölle.

Er war in der günstigen Lage, zur Begründung
dieser Forderung als Eideshelfer den konser-
vativen Abg. Godesch anzuführen zu können, der
kurz vor ihm gesprochen und erklärt hatte, daß in
Deutschland eine Milliarde Mark für
Futtermittel auszugeben würde. Im
Anschluß hieran bemerkte Abg. Dr. Rachnide:

„Nun frage ich, meine Herren: Was davon ist
zollpflichtig? Was also wird durch Zölle im
Preise künstlich gehindert? Das ist bei Futtermitteln
- ich rechne pro Tonne - 13 Mk., bei Safer 50
Mk., bei Weiz 30 Mk., bei Futterbohnen 13 Mk.,
bei Lupinen 15 Mk., pro Tonne, bei Weizen 15 Mk.,
das ist doch immerhin recht beträchtlich. Und wenn
nun die Vorschläge des vorhin so sehr gerühmten
Herrn Freiherrn v. Wangenheim Annahme ge-
funden hätten, wenn die Anträge des Bundes der
Landwirte da durchgegangen wären, was würde die
deutsche Viehzucht da an Kosten zu tragen haben?
Ich will es Ihnen sagen: für Gerste 75 Mk. pro To-
nne, für Weiz nicht 30, sondern 50 Mk. pro To-
nne, für Futterbohnen wov. 50 Mk., für Weizen 10
und 20 Mk. pro Tonne. Das waren die Vorschläge
Ihrer Freunde; soweit wollten sie in der Belastung
der deutschen Viehzucht gehen.“

Die Last, die von den deutschen Viehzüchtern in-
folge der Futtermittelzölle zu tragen ist, ist nach dem
fortschrittlichen Redner mit 60 bis 80 Millio-
nen Mark nur gering veranschlagt, bei höheren
Preisen entsprechend höher. Warum aber, so fragte
Abg. Dr. Rachnide, werden hieraus nicht die Folge-
renten gezogen?

Warum will man nun nicht die Futtermittel-
zölle wenigstens ermäßigen? Wenn das übri-
ge stehen soll, mit Rücksicht vor allem auf den Haber-
bau, warum widerstrebt man der Ermäßigung
des Weizenzolls und eventuell seiner Befreiung?
In der Kommission habe ich eine Antwort
bekommen von einem sehr verehrten nationallibe-
ralen Kollegen: man will nicht Weizen legen in den
Zolltarif. Das ist doch ein sehr formales Moment.
Wir haben vorhin gehört, die konservative Partei
ist bereit, „Verbesserungen“ der Handelsverträge
durchzuführen. Nun, wenn das möglich ist, Ver-
besserungen nach oben anzubringen, warum soll es
ganz unmöglich sein, einmal eine Verbesserung nach
unten vorzunehmen? Ihr System behalten Sie,
Sie modifizieren es nur. Ja - das ginge freilich
gegen mich - Sie führen es, wenn Sie die schlimmsten
Sünden beseitigen. Ich mache mir dieses letztere
Argument nicht zu eigen. Was hat Herr Kollege
Schiffner dagegen anzuführen? Der Weiz soll
viel zu teuer, als daß der Zoll noch eine Rolle
spielen könnte. Im Gegenteil, gerade weil der
Weiz so teuer ist, müssen wir auf eine Verbilligung
hinarbeiten. Das ist gerade ein Grund dafür und
nicht ein Grund dagegen. Ferner meinte der
berechtere Herr Kollege, der Weizen soll als Kompen-
sationsmittel gut zu gebrauchen. Man dachte sich
das so; aber es kam anders. Man hat keine Kom-
pensationen erreicht; der Zoll ist drin geblieben,
und wir haben zufrieden sein müssen, daß unsere
handelspolitischen Beziehungen zu Amerika nicht

noch schlechter wurden, gerade weil wir solche für
Amerika wichtige Zölle aufrechterhalten haben.
Also das sind keine Gründe.“

Sehr bemerkenswert sind dann auch noch die Aus-
führungen des fortschrittlichen Fraktionsredners
über das Verhältnis zwischen Groß-
und Kleinbeiz. Wie er feststellte, bricht die
sozialdemokratische Lehre hier vollständig zusammen:
„Nicht so vollziehen sich die Dinge in der Land-
wirtschaft, daß zuletzt der Größte dem Kleinsten
gegenübertritt. Vielmehr erweitert sich die
Mittelschicht. Die Zahl der bäuerlichen Be-
triebe, denen man den Untergang vorausgesetzt hat,
nimmt zu. Die Entwicklung läuft der sozialistischen
Theorie zuwider, und wir dürfen uns freuen, daß
dem so ist. Das gibt uns Hoffnung für die Zu-
kunft. Diese Entwicklung ist uns so erwünscht,
daß wir sie noch in jeder Weise fördern möchten.“

Als solche Förderungsmittel nannte der Redner
die angemessene Ordnung des Wildschadeners-
satzes und des Jagdrechts, ferner verlangte
er eine bessere berufliche Vertretung
der Landwirtschaft, wobei den Interessen des kleinen
und mittleren Besitzes weit mehr als bisher entgegen-
kommen werden muß. Dabei sagte er u. a.:

„Sehen Sie sich die Landwirtschafts-
kammern und das Wahlrecht zu diesen Kammern
an. Was kommt dabei heraus? Sie sind in
wichtigen eine Vertretung des größ-
ten und größten Grundbesitzes. Ich
kenne Ihnen einzelne Kammern nennen; ich will
darauf verzichten. Sehen Sie den Landwirtschafts-
rat selbst an, eine Körperschaft, auf deren Stimme
man zu hören pflegt. Freuen wird im Deutschen
Landwirtschaftsrat von 25 durch die Landwirt-
schaftsammern - von Hohenzollern abgesehen -
ernannten Mitgliedern vertreten. Welches sind
diese Mitglieder? Welche Betriebe führen sie?
Unter den 25 sind nicht weniger als 20 ohne wei-
teres dem Großgrundbesitz zuzurechnen, und die fünf
bürgerlichen sind, wenn ich die Namen nennen darf,
weil Sie das vielleicht interessieren wird, die Herren
Steinmeier, Enßel, Pauli, Engelbrecht und Bar-
mann-Lübcke, auch keine Kleingrundbesitzer, sondern
Betreiber größerer Betriebe.“

Nun haben wir Ihnen schon früher den Vor-
schlag unterbreitet: ändern Sie das Wahlrecht,
lassen Sie auch die Kleineren in diese Vertretung
hinein! ... Und wenn Sie nun die Kleineren
Besitzer nicht in Ihre eigenen Organisationen auf-
nehmen wollen, bilden Sie wenigstens Ausschüsse
für die kleineren und mittleren Besitzer, entsprechend
dem Vorbilde, das Ihnen Industrie und Handel
geben. Warum denn nicht?“

Gegenüber dem Einwande der Agrarier, daß der
Großgrundbesitzer Führer auf dem platten Lande sein
müsse, wies Abg. Dr. Rachnide darauf hin, daß man
von unserer preußisch-deutschen Bauernschaft doch
wohl höher zu denken habe und ihr die Kraft und
Fähigkeit zutrauen könne, ihre eigene Sache in die
eigene Hand zu nehmen. Den Gegensatz zwischen
der Behandlung landwirtschaftlicher Fragen durch die
Konserwativen und die freisinnigen charakterisierte
der Redner dann zum Schluß sehr treffend mit fol-
genden Worten: „Wenden Sie, wohin Sie wollen,
meinetwegen auf den großen Grundbesitz, der ja so
stark in Ihren Reihen vertreten ist, wir bilden auf
den kleinen und mittleren Besitz. Er ist der Träger
der Viehzucht und damit die Stütze der Volksernäh-
rung. Er leistet immer Besseres auf dem Gebiete
des Ackerbaus. Ihm wollen wir unsere Für-
sorge zuwenden, der Großgrundbesitzer wird sich schon
selber helfen. Bauernpolitik, nicht Groß-
grundbesitzpolitik, das ist unser
Standpunkt.“

Ueber die innere Kolonisation
in Ostpreußen

schreibt man der „L. C.“: Die ostpreussische Land-
gesellschaft zu Königsberg gibt die aufgestellten Be-
siedlungspläne für die Herrschaft Zablonten (Kreis
Drielsburg) und drei weitere Güter (Groß-Porten,
Kreis Drielsburg, Klein-Schirrau, Kreis Wehlau,
und Barkenhof, Kreis Drestlo) bekannt. Die Ge-
samtläche umfaßt über 4500 Hektar, darunter in
Zablonten einen Waldkomplex von 500 Hektar, der
sehr gut bestanden sein soll und den das allgemeine
Interesse natürlich am liebsten in die Hand des Forts-
tistatus übergehen sehen würde.

Die Verteilung ist vorgelesen wie folgt: in der
Herrschaft Zablonten ein Großbetrieb von 1250
Hektar (einschließlich des Waldes), drei weitere Groß-
betriebe von 200-375 Hektar, eine Stelle von 75
Hektar, eine von 65 Hektar, endlich ein GutsHaus-
grundstück, 10 bäuerliche Handwerker, 30 Bauern,
12 Arbeiterstellen. Auf den drei anderen Gütern
sind angelegt: 4 Großbetriebe von 100-340 Hektar,
3 bäuerliche Handwerker, 24 Bauern und 29 Ar-
beiterstellen.

Man muß sichtlich fragen: ist das „innere Kolo-
nisation“, wenn man über eine landwirtschaftlich nutz-
bare Fläche von zusammen rund 4000 Hektar im
ganzen 41 Arbeiterstellen, 13 Handwerker- und 54
Bauernstellen verstreut? Der bekannte langjährige
Generalkommissionspräsident Negt betont in der
Vorrede seiner „Erfahrungen“ in der inneren Kolo-
nisation, man müsse sich stets bewußt bleiben, daß
nicht einzelne Rentengüter geschaffen werden sollen,
sondern die Grundlängen einer auf die Dauer berech-
nenden öffentlichen Körperchaft, d. h. also Dörfer,
lebensfähige und kräftige Bauerngemeinden - also
wie jetzt in Rußland! Freilich in Preußen darf man
die ernsthafte Durchführung einer solchen Kulturart
nicht erwarten, leider auch nicht unter dem Einfluß
eines Landwirtschaftsministers, wie es Herr von
Schorlemer ist.

Wie ungerecht das preussische
Dreitassenwahlrecht wirkt,

das neulich erst wieder der Abg. Dr. v. Seydebrand
in den Himmel hob, ergibt sich nicht nur aus der
Zahl der für die einzelnen Parteien abgegebenen
Urählerstimmen, sondern sogar schon aus der Zahl
der für die Parteien vorhandenen Wahlmann-
stimmen. Hierbei ist noch besonders zu berücksich-
tigen, daß in vielen Wahlkreisen die gewählten Wahl-
männer der Winderheitsparteien, also zumeist der
Linken, sich überhaupt an der für sie zwecklosen Ab-
geordnetenwahl garnicht beteiligt haben. Wenn sie
dies getan hätten, würden die Zahlen, die wir jetzt
noch anführen Material mitteilen, noch drastischer
sein.

Für die Konserwativen wurden 60 089 Wahl-
männerstimmen abgegeben, und die Partei erhielt
dafür die enorme Zahl von 148 Abgeordneten, es
entfallen also im Durchschnitt auf einen gewählten
Abgeordneten 406 Wahlmänner. Die freisinnige
Fraktion erhielt auf 20 343 Wahlmänner-
stimmen nicht weniger als 54 Abgeordnete und das
Zentrum auf 56 250 Wahlmannstimmen 193 par-
lamentarische Vertreter. Dagegen entfielen bei den
Nationalliberalen auf 39 298 Wahlmännerstimmen
nur 75 Abgeordnete, d. h. jeder Abgeordnete mußte
im Durchschnitt 538 Wahlmänner auf sich vereinigen;
die fortschrittliche Volkspartei bekam bei 23 535
Wahlmannstimmen (also bei weit mehr als 3. v. die
freisinnige Partei erhielt) nur 40 Abgeordnete
(also bedeutend weniger als die eben genannte Frak-
tion), für jeden ihrer gewählten Abgeordneten ergibt
sich eine Durchschnittsziffer von 587 Wahlmännern.
Und die Sozialdemokraten erreichten bei 15 653 ab-
gegebenen Wahlmannstimmen 10 Abgeordnete; jeder
dieser hat also im Durchschnitt 1565 Wahlmänner
hinter sich. Auch aus diesen Ziffern ergibt sich mit
aller Evidenz, die Ungerechtigkeit des Wahlstystems
in Verbindung mit der durchaus veralteten und
reformbedürftigen Wahlkreiseinteilung. Lc.

Balkannachrichten.

Eine bevorstehende Zusammenkunft der leitenden Staatsmänner des Balkans.

Die Ministerpräsidenten der Balkanstaaten mit Ausnahme Bulgariens werden, wie das Belgischer Blatt "Balkan" meldet, in kürzester Zeit zu Besprechungen zusammenkommen. Dem Blatt zufolge werden Pajitiß, Venizelos, Bratianu und Ruzitsch gegen Mitte Februar eine gemeinsame Beratung abhalten. Zum Ort der Zusammenkunft soll B u t a r e s t ausersehen worden sein.

Eine Einigung im griechisch-türkischen Streit.

Konstantinopel, 26. Jan. Voraussichtlich wird eine Einigung zwischen der Türkei und Griechenland in der Frage des Rückfalls der Provinzen in der Mitte unter türkische Souveränität mit Sonderregime kommen, aber garrionelles bleiben. Dafür erhält Griechenland den Dobekanas.

Russische, griechische und türkische Anleihe in Frankreich.

Paris, 26. Jan. Nach einer Meldung aus Athen treffen vor der Beratung über den ersten Teil der russischen Eisenbahnleihe im Nominalbetrage von 650 Millionen unterzeichnet. Der Genuzkonkurs der griechischen Anleihe soll auf 92 festgelegt worden sein. Die "Liberte" will wissen, daß der erste Teil der griechischen 500-Millionen-Anleihe, bezüglich der Venizelos mit der französischen Regierung und den Großbanken in Athen verhandelt hat, kaum vor der zweiten Hälfte des Monats März zur Ausgabe gelangen wird. Die türkische 600-Millionen-Anleihe werde bis in den Mai vertagt.

Frankreichs Beteiligung an der albanischen Anleihe.

Paris, 26. Jan. Nach einer offiziellen Meldung hat die französische Regierung in Wien erklärt lassen, daß sie bereit ist, sich an der albanischen Anleihe zu beteiligen und derselben ihre Bürgschaft zu gewähren, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Anleihe auf Grund internationaler Gleichheit, also nicht durch Vermittlung der österreichisch-italienischen Banken in Albanien erfolge.

Venizelos in Berlin.

Berlin, 26. Jan. Die griechische Ministerpräsident Venizelos begab sich heute vormittag zur Meldung zu dem Königlichen Gesandten in Griechenland und dann nach dem Auswärtigen Amt, wo er vom Staatssekretär J a g o w empfangen wurde, mit dem er eine längere Unterredung hatte. Über die Anleihe steht nach nichts eindeutiges fest. Venizelos fährt etwa Mittwochabend oder Donnerstag morgen. Es steht auch noch nicht fest, ob Venizelos sich zunächst nach Wien oder nach Petersburg begeben wird. Darüber ist, wie die "Tel.-Union" erzählt, ein umfangreicher Doppelwechsel zwischen Venizelos und der Regierung in Athen mit den Regierungen in Wien und Petersburg im Gange.

Politische Übersicht.

Italien.

Aber das Bestehen des Papstes waren in der öffentlichen Meinung die Bedenken vorüber, die indes durch das "Giornale d'Italia" als nicht zureichend bezeichnet werden. Der Papst erteilt auf Anfragen stets Audienzen und dies ist wohl der beste Beweis, daß sein Bestehen zu Befriedigungen keinen Anlaß gibt. — Bei der W a r t e n d e n W a h l im letzten Wahlkreise wurde der Sozialist Amintore Cipriani mit 1088 Stimmen gegen die konstitutionalistischen Christen, die 618 Stimmen erhielt, gewählt.

Frankreich.

Der Pariser "Figaro" weist darauf hin, daß nach einer vom Finanzminister Caillaux in der Kammer abgegebenen Erklärung das Bankhaus Perrier, das die letzte türkische Spanischeleihe ausgegeben habe, wegen verfallener Forderungen dieser Anleihe zu einer Strafe von 825 000 Franc verurteilt worden sei und fragt, ob Caillaux etwa in besonderem Wohlwollen für die genannte Bank die Geldbuße auf eine ganz geringe Ziffer herabgesetzt habe.

England.

Am Sonnabend vormittag wurde in der das Armenien annehmenden betreffenden Gesetzgebungsskizze vor dem Londoner Polizeigericht verhandelt. Der Anklagevertreter gab die Vorladungen an zwei neue Angeklagte bekannt, deren einer der Oberste Richter ist, der früher das zweite Vorhänge-Regiment Infanterie-Regiment befehligte. Der Staatsanwalt verlas einen Befehl, in dem gesagt wird, daß der Oberst von der Firma Apton Limited Zahlungen erhalten habe. Zugleich erklärte der Anklagevertreter, er beschäufliche, Zeugnisse zu laden, die beweisen würden, daß Richter zu der Zeit, als das Regiment nach Speifield ging, Verträge abgeschlossen habe, durch welche die Firma Apton unverhältnismäßig begünstigt wurde. Die beiden Hauptbeteiligten seien der frühere Chef der Abteilung für Militärleistungen in der Firma Apton, Minto, und Direktor Gansfield von der Firma Apton Limited.

Rumänien.

Das rumänische Parlament ist aufgelöst worden. Die Neuwahlen finden am 28. Februar statt. Das neuwahle Parlament tritt am 6. März zusammen.

Österreich.

Der Generalgouverneur des kaiserlichen Bundesstaates Lord Denman ist aus Gesundheitsgründen zurückgetreten.

Schweden.

Der Sekretär der Ortsgruppe der Arbeiterpartei in Springs wurde zu einem Monat Zwangsarbeit und 500 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er die Eingeborenen auf dem Bergwerke in Springs zum Streik angereizt hatte.

Nord- und Südamerika.

Aus Washington wird gemeldet: Der Senat hat mit 46 gegen 16 Stimmen das Alaska-Eisenbahn-Gesetz angenommen, durch welches Präsident Wilson ermächtigt wird, den Bau einer tausend Meilen langen Eisenbahn in Alaska zu lassen. Die Kosten sollen den Betrag von 40 Mill. Dollar nicht übersteigen. Damit wurde die erste amerikanische Staatsbahn verwirklicht werden.

Eine Entschuldigung der Reichsregierung.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt in ihrer Sonntagausgabe: In der gestrigen Sitzung des Reichstages, in welcher die Initiativanträge der verschiedenen Parteien aus Anlaß der Vorgänge in Zabern zur Verhandlung standen, sind die Verbündeten Regierungen nicht vertreten gewesen. Nach den Ausführungen einzelner Redner und insbe-

sondere den daran anknüpfenden Erörterungen in der Presse hat es den Anschein, als wenn die Sachlage Bedeutung beizulegen würde, die ihnen nicht zukommt. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß die Verbündeten Regierungen sich in Beobachtung eines schon vom Fürsten Bismarck aufgestellten Grundsatzes bei der Beratung von Initiativanträgen des Reichstages in der Regel nicht haben vertreten lassen und daß diese Haltung dem Reichstag gegenüber, wobei sich mit dem Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen der Verfassung begründet worden ist. Wenn sich danach ein verschiedenes Verhalten der Verbündeten Regierungen bezug der Chefs der Reichsämtler bei der Beratung von Gesetzentwürfen, die von den Verbündeten Regierungen selbst eingebracht und von solchen, die aus der Initiative des Reichstages hervorgegangen sind, ergibt, so hat das keinen Grund darin, daß bei den früheren Entwürfen die Vertreter der Verbündeten Regierungen durch Beschlüsse des Bundesrats und die ihnen vorausgehenden Beratungen die erforderliche Vollmacht und die tatsächlichen Unterlagen für die Verhandlungen mit dem Reichstage erhalten haben, während diese Voraussetzungen bei den Initiativanträgen des Reichstages meistens fehlen. Somit ist bei den letzteren auf der Tagesordnung stehenden Anträgen nicht um Gesetzentwürfe sondern um allgemeiner gehaltene Wünsche, die auch ohne ein Eingreifen der Gesetzgebung erfüllt werden konnten, handelte, hatte sich der Reichsanwalt am Freitag bereits eingehend geäußert und dabei ausdrücklich betont, daß die Prüfung der Frage, ob und in welcher Weise eine Abänderung der Dienstvorschriften über das Verhalten des Militärs bei Störungen der öffentlichen Ordnung zu erfolgen habe im Gange sei. Bei dieser Sachlage hätte eine Beteiligung von Vertretern der Verbündeten Regierungen die getriebenen Verhandlungen nicht fördern können, ganz abgesehen davon, daß bei einer Abänderung der mittelbaren Dienstvorschriften über das Verhalten der gesetzlichen Faktoren nach der Bestimmung nicht stattfinden kann. Ob sich Bevollmächtigte zum Bundesrat an der Beratung von Initiativanträgen im Reichstag beteiligen sollen oder nicht, liegt von den Verbündeten Regierungen bisher je nach Lage des Falls und aus Erwägungen der Zweckmäßigkeit entschieden worden und auch im vorliegenden Fall haben sie ihre Haltung bezüglich nach Grundsätzen eingenommen, die seit Jahrzehnten in Übung sind.

Der Offizions gibt hier selbst zu, schreibt die "N. N. Ztg.", daß sich die Regierung der Initiativanträge, "in der Regel" nicht haben vertreten lassen, daß also Ausnahmefälle vorhanden sind, daß bei einer so wichtigen Angelegenheit wie den Anträgen auf Abgrenzung der Militärgerichtsbarkeit, die doch erst durch die Abnehmer Vorfälle veranlaßt worden sind, eine Ausnahme hätte gemacht werden können und sich selbstverständlich.

Deutschland.

Berlin, 27. Jan. Der Kaiser führte Montag vormittag im Berliner Schloß den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts v. Valentini. Gestern Abend fand beim Kaiserpaar im Elisabeth-Saal und in der Elisabeth-Galerie des königlichen Schloßes Tafel statt, an der die am Heile des Oberpräsidenten des Baltikums, General der Kavallerie von Sellenen und der griechische Kronprinz, der rumänische Kronprinz und Prinz Carl von Rumänien teilnahmen. Der König von Sachsen führte die Kaiserin an Tisch, der Kaiser die Kronprinzin der Sellenen, der Kronprinz von Sachsen die Großherzogin von Baden, Prinz Albert von Preußen die Kaiserin im Mittelplatz der Anstehende inne. Rechts von ihr folgten zunächst der König von Sachsen, die Großherzogin von Sachsen, Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, Herzogin von Schleswig-Holstein, Prinz Heinrich von Preußen, Prinzessin Adolf zu Schaumburg-Lippe, Herzog von Sachsen-Altenburg, Frau von Bethmann Hollweg, Herzog von Schleswig-Holstein, Herzogin von Württemberg, Prinz Adolf zu Schaumburg-Lippe, Reichsanwalt von Bethmann Hollweg, links: Großherzogin von Baden, Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, Kronprinz von Griechenland, Herzogin von Sachsen-Altenburg und Gotha, Prinz Friedrich Christian von Sachsen, Prinz Albert von Preußen, Prinz von Preußen, Prinz August Wilhelm, Fürstin zu Solms-Baruth, Prinz Friedrich Karl von Hessen, Prinz Oskar, der griechische Ministerpräsident Venizelos, Fürst Fürst zu Solms-Baruth, Hausminister Graf zu Calenberg. Der Kaiserin gegenüber saß der Kaiser. Er hatte zu seiner Rechten die Königin der Sellenen, dann folgten der Kronprinz von Preußen, Prinz Johann Georg von Sachsen, Herzogin von Preußen, Prinz Johann Georg von Sachsen, Herzogin von Preußen, Prinz August Wilhelm, Fürstin zu Solms-Baruth und Gotha.

Der rumänische Kronprinz Prinz Ferdinand stattete Montag mittag dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in Berlin einen längeren Besuch ab.

Fürst und Fürstin Wilow wurden, wie der "Köln. Volkszeitung" aus Rom gemeldet wird, am Sonnabend vom Kaiser empfangen.

Die Krise im bayerischen Verkehrsministerium. Die "M.-Augsb. Abendztg." hat auf eine telegraphische Anfrage vom Verkehrsminister v. Seidlein nachstehende Antwort erhalten: "Mein Verbleiben im Dienst hängt von meiner Gesundheit ab, die zurzeit wenig befriedigt ist."

Der Zentralausschuß der Gesellschaft für Verbreitung von Volkserziehung wählte an Stelle des verstorbenen Abg. Schrader den Reichstags- und Landtagsabgeordneten Dr. Pachaniade zum zweiten Vorsitzenden. Erster Vorsitzender ist Prinz zu Siedowich-Carolath. Die Gesellschaft umfasst mehr als 6000 Mitglieder in Deutschland und Preußen mit einem Jahresbeitrag von über 600 000 Mark. Sie ist ein wichtiger Faktor unserer Volkserziehung.

Ein wohlverdienter Wiederkehr hat sich der antiseptische Abgeordnete Dr. Berner's Gehen ausgezogen. Am 6. Dezember hatte er eine kurze Vorrede vor dem Reichstag gehalten, in der er auch seinen Senf zur Zabern-Affäre gab und die Frage stellte, was der Reichsanwalt zu tun gedenkt, um zum Wohle des Reiches eine bessere Nachsichtverordnung zu beschaffen (er behauptete nämlich, der amtliche Nachsichtbericht habe zur Verwirrung der öffentlichen Meinung nicht ausgereicht). Sieben Wochen hat die Reichsanwalt gebraucht, um diese

eigenartige Anfrage beantworten zu können. Die Auslösung, die nunmehr der Staatssekretär Dr. Dehnbach in Stellvertretung des Reichsanwalts gibt, hat den Vorschlag, die Sache auf ihre Seite zu bringen. Es wird nämlich geantwortet, daß die etwas unbestimmte Fassung der Anfrage nicht ersehen lasse, auf welche Tatlagen sich die in der Anfrage enthaltene Kritik beziehe. Die Reichsanwalt ist dauernd bemüht, durch Füllungsnahme mit der Presse eine Berichtigung der Füllungsnahme durch solche aber irreführende "Nachrichten" vorzubringen. Herr Dr. Berner-Göhen wird sich diese Antwort wohl kaum hinter den Spiegel stecken; denn man darf immerhin von ihm annehmen, daß er die blutige Ironie merkt, die in dieser Auskunft liegt!

Ein Vortrag des Reichsanwalts Cohnke ist abermals verboten worden. Er sollte in Denabrad am 6. Februar über "Neuzeitliche Strömungen im Christentum" sprechen. Die Polizeidirektion Denabrad hat den Vortrag unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Bundesrats vom 23. November 1912 über die Ausführung des Verbotengesetzes unterlag. Vater Cohnke will trotzdem nach Denabrad kommen und über ein anderes Thema, ein wissenschaftliches, sprechen.

Provinz und Umgegend.

Weisenfels, 27. Jan.

Am Sonnabend fand die Übergangsprüfung der Pr u a a n d e in s e m i n a r statt. Die Prüflinge erfüllten die Bedingungen nicht. — Die erste Lehrprüfung, die gleichfalls letzte Woche stattfand, bestanden sämtliche 81 Abiturienten.

Wittenberg, 26. Jan.

Mehrere Verhaftungen wegen Verbrechen gegen §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuchs sind in den letzten Tagen hier erfolgt. Bisher wurden eine Witwe H. aus der Vindenberg, auf deren Mithilfe das Treiben zurückzuführen ist, sowie drei jüngere Frauenpersonen und ein Geschäftsinhaber B. aus der Collegienstraße festgenommen. Weitere Verhaftungen, auch von auswärts wohnenden Personen, sollen bevorzugen. Die hier festgenommenen sind auch der Selbstmord des Magistralassistenten H. in Verbindung.

Erfurt, 27. Jan.

In der vergangenen Nacht geriet auf dem hiesigen Bahnhof der 28 Jahre alte verheiratete Rangierer Behringer von hier zwischen die Räder zweier Wagen. Der Unglückliche dem die Brust gequetscht wurde, war auf der Stelle tot.

Salzungen, 26. Jan.

Die heute vormittag wurde der Malermeister Richard Gierke aus Bergen a. d. Dumme, der hier in Stellung war, erlöschend aufgefunden. Er hatte vorher seine Braut durch zwei Schüsse, die diese aber nur an der Hand und an der Schläfe schmerz verletzten, zu Tode verurteilt. Hierauf hat er sich durch einen Schuß in den Herz aus einem 7 mm Revolver selbst entleert. Das Mädchen hofft man am Leben zu erhalten. Das Motiv zur Tat ist Eifersucht.

Julenroda, 27. Jan.

Berliner Wäldern wird mitgeteilt, daß der nach vorgangenen Untersuchungen von hier flüchtig gewordene Baudirektor S t o d b i n n e n t u r z u m aus der Fremdenlegation entlassen und nach Deutschland zurückgeführt wurde.

Wittenberg, 27. Jan.

Dr. Preller, Wittenberger der Hofscholastikdirektor Robert Berger, ist gestorben. — Wittenberg, 26. Jan. Der Arbeiter Danzel drang gestern Abend aus Eifersucht in die Wohnung des Ehepaars Roth ein und verlegte die Eheleute durch Messerschneide. Die Frau ist auf dem Transporte nach dem Krankenhaus gestorben. Darauf warf sich der Täter vor den nach Bebra abfahrenden Personenzug, der ihm das rechte Bein vom Kumpfe trennte.

Brandenburg, 27. Jan.

Der Friedensschluß zwischen der Ost- und Westpreußen und die hiesigen Ärzte ist Montag Abend nach einer neuen Konferenz unter dem Vorsitz des Ministers beendet. Die Tätigkeit der alten Ärzte wird am Dienstag früh wieder aufgenommen. Der Friedensschluß ist vorläufig auf zwei Monate abgeschlossen worden und die Bezahlung soll sechs Wochen betragen. Die fremden Ärzte sollen Brandenburg am 1. Februar wieder verlassen.

Brandenburg, 27. Jan.

Die bei dem verstorbenen, beauftragte die Esplanade-A-G. in Berlin hier mit einem Koffenaufwande von einer Million ein Prunkhotel zu errichten.

Göppingen (S.-W.), 27. Jan.

Nachdem die abermaligen Einigungsverhandlungen zwischen der Allgemeinen Krankenanstalt und den bisherigen Kassenzüchtern einen endgültigen Vertragsabschluss nicht erbracht haben, gibt der Landesverein der Kassenzüchtern bekannt, daß die Ärzte gezwungen sind, die Mitglieder der Allgemeinen Krankenanstalt und deren Familienangehörige bis auf weiteres, abgesehen von Kosten, nicht mehr zu behandeln.

Stadtverordneten-Sitzung.

r. Merseburg, 26. Januar 1913.

In der heutigen Sitzung war der Magistrat vertreten durch Bürgermeister Dr. K o g e r e und die Stadträte Barth, W a n t e n b u r g, S c h m i d t, Z h e l e und W i l f; vom Kollegium waren 23 Stadtverordnete anwesend.

Stadtvorleiter D o t h e, der heute zum ersten Male die Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung leitete, dankte zunächst für die ihm durch seine Wahl zum Vorleiter entgegengebrachte Vertrauen, daß er um so höher einschätze, da er erst verhältnismäßig kurze Zeit dem Kollegium angehört. Er fuhr dann fort: Wenn er sich vor Augen führe, wie das Amt eines Stadtverordneten-Vorleiters ausüben werden müsse, so würde ihm das vorerfahrene Vorbild des bisherigen Vorleiters S t e i n e r e r vor, der in wohlhabender, reichlicher Weise die Verhandlungen zu leiten, wachen und mitunter auch vorzüglich sein Amt ausgeübt hat. Nachfolger eines solchen Mannes zu sein, ist eine schon eine Mahnung in sich, um den Vorgänger zu erziehen. Die Richtlinien für die Geschäfte eines Stadtverordneten-Vorleiters sind vorzuziehen: er soll unparteiisch und unabhängig sein und für seine Geschäfteführung stets das Wohlergehen der Stadt und der Bürgerlichkeit im Auge haben. In diesem Sinne werde ich auch meine Geschäfte führen! (Beifalles Bravo!)

Nach der Mitteilung, daß die Stadtverordneten heute zu einem Abendessen im Offiziersklub des 3. Bat. Inf.-Regt. Nr. 153 geladen sind, wurde die Angelegenheit wie folgt erledigt:

1. Als Stellvertreter des Stadtvordneuten-Vorherrn wurde auf Vorschlag des Stadtv. G. H. d. r. der Stadt, Zeichnung durch Jurist gewählt. Der Gewählte nahm die Wahl an. Stadtv. Vorherr H. D. dankte dem Stellvertreter noch besonders für seine bisher gelebte Arbeit und Mühe.

2. Wahl eines Mitgliedes in die Kommission zur Beratung über die Gewöhnung der Disziplin. Berichterstatter Stadtv. Bernacke kam kurz auf den Vorschlag des Regierungspräsidenten zu sprechen, wonach die Gewöhnung der Disziplin vorläufig abgelehnt werden soll. Es macht sich eine nochmalige Kommissionsberatung notwendig. An Stelle des ausgeschiedenen Stadtv. Grempler wurde der Stadtv. Franzenheim gewählt.

3. Erhöhung des Schulgebühres der Mittelschule. Berichterstatter Stadtv. Bernacke. Die eingeleitete Kommission hat sich in mehreren Sitzungen eingehend mit der Vorlage beschäftigt und ist zu einem einstimmigen Beschlusse in den folgenden vier Punkten gekommen:

1. Es tritt mit dem 1. April d. J. eine Erhöhung des Schulgebühres in der Mittelschule von 324 M. auf 432 M. auf 9 Schuljahre ein.

2. Das Schulgeld wird auf 48 M. jährlich einheitlich festgesetzt.

3. Kindern der Kinder und mehr einer Familie die Mittelschule und das Lyzeum, so ist jedes vierte Kind schulgerecht, sofern es die Mittelschule besucht. Diese Vergünstigung gilt auch für auswärtige Schüler.

4. Auswärtige Schüler der Mittelschule haben einen Zuschlag von 50 % zu zahlen.

Der Berichterstatter begründete nochmals kurz die einzelnen Beschlüsse, denen auch der Magistrat seine Zustimmung gegeben hat. Ein Vorschlag, die Vergünstigung auf Punkt 3 auch auf die 2. Klasse auszudehnen fand keine Zustimmung, da vom Magistrat hierzu erklärt wurde, daß für solche Fälle zur Unterstützung der Eltern Legate zur Verfügung stehen sowie für tüchtige Volksschüler Freistellen eingeräumt werden. Ein Antrag, bei auswärtigen Schülern von Konstantin und Nichtkonstantin eine Unterscheidung zu machen, fand in einem Punkte die Zustimmung der Kommission und des Magistrats, während die anderen Punkte nicht angenommen wurden. Der Magistrat will die Schulgebühre sofort in Kraft treten lassen, während die Kommission Erleichterungen beim Übergang zu den höheren Schulgebühren in der Vorstufe für notwendig hält. Die dem letzten Beschlusse betragte der Magistrat seine Genehmigung, da ein solches Verfahren komplizierter und finanziell nachteiliger ist.

Der Berichterstatter beantragte Genehmigung der vier Hauptpunkte und des Kommissionsbeschlusses, wonach für einheimische Schüler in der Vorstufe eine Schulgebühre von jährlich 12 M. eintritt, bis der Einheitsfuß erreicht ist. Für auswärtige Schüler soll die jährliche Erhöhung 18 M. betragen. Die Übergangsbekanntmachungen gelten nur für die kommenden drei Jahre.

In der Aussprache trat Stadtv. Zeichnung für den Magistratsantrag ein, also Ablehnung der Übergangsbekanntmachungen. Auch Bürgermeister Dr. Haacke befragte die Annahme dieses Antrages, da die Spannung von Stadtv. Zeichnung einer nochmaligen Erhöhung des Schulgebühres in der Vorstufe zu, lehnte aber eine solche für die Mittel- und Oberstufe ab, da viele Eltern nicht imstande seien, die Erhöhung zu bestreiten. Auch das Lyzeum hat eine Erhöhung des Schulgebühres beantragt. Die Stadtv. Bernacke und G. H. d. r. treten diesem letzten Standpunkte entgegen, da Vergleiche zwischen Mittelschule und Lyzeum hierbei nicht angebracht sind. Stadtv. Scholz sprach für den Magistratsantrag und zwar aus Gründen der Gerechtigkeit, da die Übergangsbekanntmachungen nur für die Schüler der Vorstufe von Vorteil sind, die dann die Schule verlassen. Die Stadtv. Bernacke und G. H. d. r. waren im besten mit Annahme des Kommissionsantrages. Stadtv. D. wies nochmals darauf hin, daß ein Schulgeld von 48 M. jährlich zu hoch sei. Für jeden Mittelschüler müßte die Stadt 68 M. und für jedes Schuljahr des Lyzeums 12 M. jährlich zahlen. Die letzte Deduktion der Mehransgaben lassen sich noch andere Mittel und Wege finden, als eine einheitliche Schulgebühreerhöhung. Stadtv. Bernacke bemerkte hierzu, solche Vergleiche sind hier nicht angebracht, auch der Einheitsfuß entsprechende allen billigen Forderungen. Stadtv. G. H. d. r. wies ebenfalls darauf hin, daß ein Vergleich der Mittelschule mit dem Lyzeum nicht angebracht ist und auch nicht schicklich sei. Die Stadt Vererbung habe bei der Zusammenlegung der Bevölkerung geradezu die Verpflichtung, hier eine solche Anleihe zu unterhalten. Überhaupt komme bei der heutigen Beratung das Lyzeum nicht in Frage.

Demnach war die Debatte beendet. Die Abstimmung ergab die Annahme der Kommissionsbeschlüsse und Ablehnung des Magistratsantrages, so daß also

1. vom 1. April d. J. ab eine Erhöhung des Schulgebühres für die Mittelschule von 324 auf 432 M. für 9 Schuljahre eintritt;

2. das Schulgeld jährlich 48 M. einheitlich beträgt;

3. die Vergünstigung zur Einführung gelangt, daß das 4. Kind und jedes weitere einer Familie, die die Mittelschule und das Lyzeum besuchen, schulgerecht bleibt;

4. auswärtige Schüler einen Schulgebühreszuschlag von 50 % zu zahlen haben und

5. einheimische Schüler in der Vorstufe zunächst jährlich 12 M. mehr zu zahlen haben, bis der Einheitsfuß erreicht ist, und auswärtige Schüler 18 M.

4. Zur Verapachtung der in der Glasfenster Zwangsversteigerung erworbenen Kaffeeplan und Schenken gab die Versammlung ihre Zustimmung. Berichterstatter Stadtv. Bernacke.

Schluss der Sitzung 7 Uhr.

Gerichtsverhandlungen.

1. Schöffengericht Merseburg. Der Maurer Gustav D. aus Halle a. S. wurde mit 1 Tage Gefängnis bestraft, weil er im November 1913 dem Klempnermeister G. in Merseburg eine Wertschätzung im Werte von 3 M. erhoben hatte. — Der Kaufmann Samuel S. in Berlin, früher in Leipzig, handelte im August 1912 in Frankfurt am Main mit Partiparen, obne im Besitz eines Wandergewerbebescheins zu sein. Er wurde diebstahlhaft 96 M. Strafe bezahlet, bezw. 8 Tage Haft verbüßen; auch wurde auf einmündige Unterschriften Wert erkannt. — Der Arbeiter August B. in Halle a. S. erhielt eine Gefängnisstrafe von 1 Woche, weil er dem

Nahrungsmittel-Weber hier selbst eine Nachttaube gehalten hatte. — Freigepflogen wurde die Zigarettenmacherscheure Emma Z. in Halle a. S. Früher hier, die beschuldigt war, ihr anvertraute Gelder unterschlagen zu haben. — Die Grubenarbeiter Gustav K. und Gustav L. in Frankfurt a. M. waren angeklagt, im Herbst 1913 gemeinschaftlich in den Feldern Reichshausen und Frankleben, Kartoffeln und Getreide geerntet zu haben. Es wurden bestraft: K. mit 3 Tagen Gefängnis und 20 M. ev. 2 Tagen Haft, L. mit 1 Tage Gefängnis und 10 M. ev. 2 Tagen Haft. — Der Bahnarbeiter Hermann W. in Frankfurt a. M. hatte am 11. September 1912 auf Bahnhof Frankleben durch vorzeitiges Umstellen einer Weiche die Entgleisung eines Wagens des Pensionnaires herbeigeführt, weshalb er eine Strafe von 150 M. ev. 30 Tagen Gefängnis erhielt. — Wegen Betrugs beim Landbesitzes wurden mit je 2 Wochen Haft bestraft der Arbeiter Emil C. aus Halle a. S. und der Arbeiter Gottfried G. aus Mentelien in Wöhmen. — Der Photograph Arthur S. in Halle a. S. wurde mit 48 M. ev. 8 Tagen Haft bestraft, weil er in den Straßen von Merseburg photographische Aufnahmen zum Weiterverkauf angefertigt hatte ohne im Besitz eines Wandergewerbebescheins zu sein.

Luftschiffahrt.

Ein neuer Militärsflugloz. Die Tobannisch hat dem Reichsamt Marine-Verwaltung als Garnison für die Verbandsabteilung der Fliegertruppen gewählt. Der endgültige Entschluß der Militärverwaltung ist vor wenigen Tagen gefallen und auch für die Gemeindeführung in Tobannischhof selbst ganz überraschend gekommen. Das Barackenlager der Tobannisch, das aus ungefähr 100 Mann mit 6 bis 8 Offizieren bestehen dürfte, mit dem auf dem Gelände der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt sofort errichtet. Bereits in den allerersten Tagen bestehen die Truppen ihren neuen Standort. Es bleibt abzuwarten, ob diese Stationierung eines Fliegerkorps aus dem Flugloz Tobannischhof die Anfang zur Umanwandlung des Fluglozes in einen Militärsflugloz bedeute.

Vermischtes.

* Bei einer Revolverfälscherei schwer verletzt wurde in der Nacht zum Sonntag der Schächter J. S. in der Kantine in der Straße nach Berlin. In einem dortigen Lokale waren Gäste in Streit geraten, in dem Verlauf der angebliche Schächter Bruno W. mit einem Revolver drohte. W. wurde aus dem Lokale verwiesen, doch wartete er vor der Tür, bis die anderen nachkamen. Auf der Straße wurde der Streit von neuem begonnen, und nun schloß W. blindlings in die Menge. S. wurde in einem Schlag in den Unterleib und wurde in hoffnungslos dem Zustande nach dem Krankenhaus übergeführt. W. wurde der Polizei übergeben.

* Der Prozeß gegen den Maschinenführer Wagner. Die Voruntersuchung gegen den Arbeiter Wagner in Dersdorf ist nunmehr abgeschlossen und vor dem Schöffengericht in Dersdorf am Sonntagabend in einem Penkonat in der Wöhmerstraße in Berlin. Schönberg den ungarischen Musikfälscher Baranyi durch einen Revolverschlag schwer und beginnend dem Selbstmord. Über die That, deren Motive noch nicht aufgeklärt sind, erfuhr der V. U. folgendes: In dem Penkonat von D. in der Wöhmerstraße in Berlin-Schöneberg wurde seit längerer Zeit der ungarische Staatsangehörige Baranyi, der sich zum Studium der Musik in Berlin aufhielt. Gestern abend besuchte diesen in dem Penkonat einen Landsmann, ein spanisches junges Mädchen namens Marianne Grubik, die hier seit dem 1. Januar in einer Pension in Berlin-Immendorf wohnte und sich als Kunstgewerblerin betätigte. Die Grubik mit V. hand in einen heftigen Wortwechsel. Möglich war, daß Grubik dem V. Geld und gab auf den Studenten einen Schlag ab, der ihn in die Brust traf. Auf die Hilfe des Grubikoffenen eilten Flurnachbarn herbei, worauf sich das junge Mädchen durch einen Schlag in den Mund tötete. Die Leiche wurde nach dem Schauschaus gebracht, während V. zur Schönbürgerstr. an den Kaufmannsstraße fand. Der Mordloz der Toten wurde von der Polizei verpackt. Das Motiv der Tat ist noch nicht aufgeklärt, doch vermutet man, daß es in E. G. zu suchen ist. Über die persönlichen Verhältnisse des als sehr lebhaft beschriebenen, hübschen Mädchens ist bisher nichts bekannt geworden. Da dieses, wie schon erwähnt, erst seit drei Wochen hier wohnte und mit den übrigen Penkonatanen fast gar nicht verkehrte.

* Ein neuer Trid. In einem Münchener Hotel wurden unter seltsamen Umständen zwei internationale Hotelbesitzer verhaftet, die es auf die verbodenen Vorteile eines englischen Ehepaars abgesehen hatten. Die Münch. Neue Nachr. machen über den Fall folgende Mitteilungen: Ein sehr reiches englisches Ehepaar hielt sich seit etwa drei Wochen in München auf. Gleich nach der Ankunft hier in dem gleichen Hotel ein Herr aus Stamboul an, der einen sehr vornehmen Charakter machte. Der Fremde schloß sich an das englische Ehepaar an und verkehrte in sehr freundschaftlicher Weise mit ihm. Er hielt sich viel im Bettel auf. Dort besuchte ihn eines Tages sein Freund, der sich unter dem Namen Frank aus Wöhmen als ein sehr beachtlicher Hotel eigentümer hatte. Dieser Freund des Stambuliers schloß sich ihm an, er war überzeugt, daß derselbe sehr ihn seit zwei Jahren in auffälliger Weise auf seinen Reisen verfolgte. Er teilte seine Beobachtungen der Polizei mit, die noch in der Nacht den Stambulier samt seinem Freund verhaftete. Es stellt sich heraus, daß der Stambulier seine Aweide mit Hilfe einer Reise in Stambul erreichen wollte, die im Badezimmer des Hotelstimmers vorgehandelt wurde. Man wollte offenbar das Ehepaar mit der Schlinge erwidern und dann Geld von ihm erpressen. Als bekannt wurde, daß ein so gefährliches Tier im Hotel sei, entstand dort eine kleine Panik. Auf telephonierten dem Münchener Tripart, der einige Wächter

abordnete, die das Tier jedoch mit Leichtigkeit einfingen, da es arg heruntergekommen war. Die Schlinge hatte offenbar seit Wochen seine Nahrung mehr bekommen.

Ehe- und Liebestragödien.

In Schöneberg bei Berlin wurde am Montag früh das Ehepaar Chemier Madide in seiner Wohnung tot aufgefunden. Seine 45jährige Frau lag in einer großen Wutlage am Fußboden. Da sie noch schwache Lebenszeichen von sich gab, wurde sie ins Krankenhaus gebracht. Aus den vorgefundenen Aufzeichnungen geht hervor, daß Madide im Einvernehmen mit seiner Frau diese durch einen Revolvererschuß zu töten versuchte und dann selbst Gift nahm. Das Motiv sind Nachbarsgerüchte.

Hersfeld (Huda), 26. Jan. Am Sonntag abend zwischen 5 und 6 Uhr drang der unverheiratete Arbeiter Dänzel in die Wohnung der Eheleute Roth, die mit ihm in demselben Hause wohnten. Er brachte den beiden Eheleuten mit einem Messer schwere Verletzungen bei. Die beiden Verletzten wurden dem Landkrankenhaus zugeführt. Auf dem Wege dahin verlor sich der Ehefrau. Der Wächter stieß auf den Wächterhof und warf sich dort vor dem gerade einfallenden Personengang Frankfurt-Gienach, der ihm das rechte Bein abriß. Dänzel wurde ebenfalls dem Krankenhaus zugeführt. Sein Zustand konnte der des Roth ist hoffnungslos. Die Tat ist aus Eiferwut geschehen. Dänzel hat der hiesigen Polizei mitgeteilt, daß diese dann bei der Ehefrau ein Lebensgeheimnis, das diese dann bei ihrer Verheiratung löste. Seit dieser Zeit verlor sie das Gepäck, so daß es öfter zu Streitigkeiten kam.

Hamburg, 26. Jan. Heute nacht erlitt der Schiffsbauer Christoph in der Wohnung seiner von ihm getrennt lebenden Frau den Kaufmann Gause, der nach dem Tode der hiesigen Polizei in der Wohnung geleitete, mit einem Rübennmesser, nachdem Gause zuvor angeblich zweimal auf Christoph geschossen hatte. Christoph wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Frau Christoph wurde unter der Verwundung, die sie erlitten hatte, nach dem ihr Mann den Kaufmann angegriffen hatte, verhaftet. In der vergangenen Nacht verlor ferner der verheiratete Volkswirtschaftler G. in seiner in der hiesigen gemeinschaftlichen Wohnung durch Verheiratung lebensgefährlich und sprang dann aus dem 3. Stockwerk in die Straße. Groß blutet liegen. Die Frau wurde ins Krankenhaus gebracht.

Paris, 26. Jan. Als ich gestern abend der Schauspieler Paul Guibé in Gesellschaft seiner Geliebten nach Hause gehen wollte, gab diese in dem Augenblick, als eine Probeaffe bestehen wollte, mehrere Revolvergeschosse auf Guibé ab und ergoß die Blut in die Straße. Der Schauspieler wurde lebensgefährlich verletzt. Die Täterin eingeholt und festgenommen.

Neueste Nachrichten.

Beförderungen.

Berlin, 27. Jan. Dem „Sofaluz“ zufolge sind aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers die Generalinspektoren v. Heeringens und v. Kluck sowie der Generalstabschef v. Wolke zu Generalobersten befördert worden.

Fünzig Menschen bei einem Brande auf Java getötet.

Rotterdam, 27. Jan. Zwei Engländer trafen vor einigen Tagen in Djofakarta auf Java ein, um Lichtspielvorstellungen zu geben. In großer Anzahl fanden sich Eingeborene in einer Scheune ein, die provisorisch für diese Vorstellungen hergerichtet war. Man hatte den Raum verankert und hielt ihn dicht verschlossen, um die Wilder zur vollen Geltung zu bringen. Als die Vorstellung gerade begonnen hatte, geriet ein Film in Brand, und sofort stand das ganze Gebäude in Flammen. Die anwesenden Eingeborenen drängten zu den Ausgängen, und es kam dabei zu entsetzlichen Szenen. Es gelang den Unglücklichen nicht, das Freie zu erreichen. Was nicht totgerührt wurde, kam erstickungstod in den Flammen um; nur wenige konnten mit schweren Brandwunden geborgen werden. Auch die beiden Europäer sollen bei der Katastrophe ihr Leben eingebüßt haben.

Vergiftet und erschossen.

Luxemburg, 27. Jan. Hier erichob sich in einem Hotel der Telegrapheninspektor T. in einem Weh, nachdem er Gift getrunken hatte. Beträchtliche Unterschlagungen im Amte sollen die Ursache des Selbstmordes sein.

Fliegerabsturz.

Madrid, 27. Jan. Auf dem Militärsflugloz Cuatrocientos stürzte gestern der Leutnant Ramirez Ramos, ein Sohn des Generals Ramos, aus einer Höhe von 30 Meter ab. Er war sofort tot.

Millionen-Unterschlagnung.

Paris, 27. Jan. Der Bankier Albert Germain wurde wegen großer Unterschlagungen, die sich auf mehrere Millionen belaufen sollen, verhaftet.

Eisenbahnunfall.

New York, 27. Jan. Auf der Michigan-Central-Eisenbahn stießen gestern bei Jackson zwei Züge aufeinander. Vier Passagiere wurden getötet, zwölf schwer verletzt.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Th. Böhner in Merseburg.



Grüne Heringe
 die so viel verlannte Größe
 a Pfd. 18 Pf.
 empfiehlt **Emil Wolff**.

Pferde zum Schlachten
kaufe jederzeit
 und able höchste Preise. Mit-
 transportfähige Hufe mit Vieh-
 wagen ab.

Wilhelm Naundorf,
 Merseburg, Hofschlächterei
 Telenhof 496

Möbel,
 selbstgefertigte,
Spiegel- und Polsterwaren
 empfiehlt in reicher
 Auswahl **billig**
P. Perz, Tischlermeister,
 Breite Str. 3.

Litter
 Halle
Flügel- und Piano-Fabrik
 führt auch solide
Pianos
 anderer Fabriken, schon
 von M. 400.— an.

Filiale in Kasselburg: Obere Ringstr.
 Vertreter: Rad. Meckert.

Vereine! ♦ Restaurateure!
 Zu Massenbällen, Vordier-
 fehen, Mit- und Kaffeeabenden
 halte ich sämtliche Dekorations-
 artikel und Kopfbedeckungen in
 reichster Auswahl
 zu billigsten Preisen
 auf Lager.
Kurt Karus, Brühl 4, Fernruf 201.
 Spezialgeschäft für Vereinsbedarf.

Putz- u. Bresterei
 flach und hoch, wird jederzeit
 sauber angefertigt
Herm. Baar sen., Markt 3.

BEI WIND
 und Regen schützt man sich
 am besten vor Husten, Heiserkeit
 kalarrh durch WYBEN'S Tobak-
 ken & Gähneln in allen Apo-
 theken und Drogerien. Preis
 der Originalschachtel 1 Mark.

Niederlage in **Merseburg**:
 Stadt-Apothek Central-Drogerie.

Militärverein Wallendorf
 Zur Nachfeier Sr. Majestät
 Kaiser Wilhelms II. Sonnabend
 den 31. Januar 1914 abends 8 Uhr
Konzert, Theater
und Ball.
 Alle Freunde und Gönner sind
 herzlich willkommen.

Diese Woche **Gemüse-Melange**, ausgewogen Pfd. nur **33 Pf.** **Otto Aderhold.**

**Verein für naturgemäße
 Gesundheitspflege**
 Montag den 2. Febr., abends 8 1/2 Uhr
 findet im „Casino“ ein
Frauen-Vortrag statt.
Was soll die Frau als Gattin und Mutter wissen.
 Refr.: Fr. A. Klaus, Gumbinnen
 Es wird zu einem zahlreichen Besuch höchst ein geladn.
 Nichtmitglieder 25 Pf. Eintritt. **Der Vorstand**

Märkisches Wandertheater im „Zivoli“.
 Montag den 2. Februar 1914
Der Widerspenstigen Zähmung.
 Lustspiel von William Shakespeare.
 Anfang pünktlich um 8 Uhr
 Preise der Plätze: Im Vorverkauf bei Herrn Kaufmann
 Feinhart: Sperrplatz 1,50 M., I. Platz (nummeriert) 1,00 M.,
 II. Platz 60 Pf. An der Kasse: Sperrplatz 1,75 M., I. Platz
 1,20 M., II. Platz 80 Pf.
 Schluß des Vorverkaufs Montag abends 6 Uhr.
 Nachmittags 3 1/2 Uhr

Deutsche Tzene, Der Nachtwächter v. Körner.
Kurmärker und Witarte v. Schneider.
 Schülerarten nur im Vorverkauf bei Herrn Kaufmann
 Feinhart: I. Platz 50 Pf., II. Platz 20 Pf.
 Schluß des Vorverkaufs Montag mittag 1 Uhr.
 Der etwaige Ueberschuh dieser Vorstellungen fließt
 einem gemeinnützigen Zwecke zu und laden wir unsere Mitbürger zu
 jährlichem Beitrag ergründen ein.
 Merseburg, den 21. Januar 1914.

Eisenbahn-Verein Merseburg.
 Sonnabend den 31. Januar 8 Uhr abends findet im
Casino die 2. Feier des Geburtstags Sr. Maj. des Kaisers
 statt, bestehend in **Konzert, Theater und Ball.** Gäste
 sind willkommen. **Der Vorstand.**

Keine Hausfrau versäume
Steinbachs
parfümierter-Wasch-Extract
 zu verwenden.
1 Pfund 20 Pf.

Berliner Schall-Platten
 a 185 M. Qualitätsmarke a 185 M.
 Außer meinem großen Lager empfehle als Neuaufnahmen aus:
 Sobert der Frau.
 Wie ideale Göttin.
 Wie eink im Mai.
 Rosenblut.
 Heiße um die Erde in 40 Tagen usw.
 Schmale Str. 10 - **Max Schneider** - Schmale Str. 10

Hals- und Lungenleidenden
 teile ich aus Dankbarkeit durchaus unentgeltlich (nur gegen Ein-
 sendung des Briefpostes) mit, wie ich durch ein ebenso ein-
 faches wie billiges und Gabel doch so überaus erfolgreiches Ver-
 fahren von meinem langwierigen Leiden (altem starken Asthma,
 Husten, Anxietät, Nachtschweiß, Abmagerung usw.) befreit wurde.
 Loop, Dick, Grosskönigsdorf 24, Rheinland.

Mittwoch abend **fr. gr. Herlinge**, Pfd. **16 Pf.** **Otto Aderhold.**

**Sämtliche Hausbesitzer
 Merseburgs**
 (auch Behörden) wollen die
 Güte haben und bei dem
 in Kürze stattfindenden
 Handgange unseres Ver-
 einskommens Herrn Menzel
 demselben
 genaue Angaben zu
 machen in Bezug auf
 die im Jahre 1913 an
 den Schwarzeisenfer-
 meister entrichteten Be-
 träge.
 Diese Angaben sind be-
 hördlichserjits erforderlich
 geworden.

**Haus- u. Grund-
 besitzer-Verein.**
 G. B.

Deutscher Flottenverein.
 Die Gruppe Merseburg.
**Feier des Geburtstags Sr.
 Maj. des Kaisers u. Königs**
 Donnerstag den 29. Januar 1914
 abends 8 1/2 Uhr im Saale des
 „Zivoli“

Vorläufige Anzeige!
Bischof.
 Der
SchleBklub
 hält Sonntag den
 15. Februar einen
Masken-Ball
 ab. Der Vorstand.

Goldene Angel.
 Mittwoch abend
Salznochen

Breukfischer Adler
 Mittwoch
Schlachtefest.

Dieters Restauration
 Zub. herm. Zub.
 Jeden Mittwoch und Freitag
Schlachtefest.

Zum alten Dessauer
 Donnerstag **Schlachtefest.**

hauschl. Wurf
C. Zaug
 Donnerstag
hauschl. Wurf
 Friederike Vogel, Hofmarkt 17.

Cinophon-Theater
Gr. Ritterstr. 1.
 Programm von Mittwoch
 bis Freitag.
Asta Nielsen.
 Nimmisches Schauspiel in 3 Akten.
S 1.
 Außerdem das übrige
 Programm.
 NB. Bei diesem Programm
 10 Pf. Zuschlag.

Strandhölzchen.
 Jeden Mittwoch
Winken.

Damen-Griffieren
 in und außer dem Hause, auch
 im Abonnement bei
Hch. Köditz, Domstr. 3.

Ein ordentliches Mädchen,
 welches Öftern die Schule verläßt,
sucht leichten Dienst
 bei älteren oder kinderl. Eltern.
 Öftern unter L. G. 100 an die
 Exped. d. Bl. erbeten.

Geschäftsmann sucht für
 seine Buchführung erfahrenen
 Herrn für einige Stunden
 wöchentlich.
 Öftern erbeten unter **T H 12**
 an die Exped. d. Bl.

Maniand. Kaufburche,
 12-16 Jahre, zum Ver-
 e. **Hch. Köditz, Domstr.**

Suche zu Öftern einen
Lehrling.
 Wilhelm Oeyer, Fleischermeister,
 Dörbeuna.

Klempner-Gebrüder gesucht.
 Hermann Müller, Klempnermeister.

Lernende
 für mein Galanterie- und Spiel-
 waren-Geschäft gegen monatl.
 Vergütung gesucht.
Hans Käther, Markt 20.

Tüchtige Schneiderin
 empfiehlt sich Neumarkt 76. I. (Sod).
 Kräftiges Mädchen oder Frau als
Aufwartung
 für vormittags sofort gesucht
 Halleische Str. 39, part.

Sängere Aufwartung
 für den ganzen Tag zum 1. März
 gesucht **Entenplan 6.**

Schluß der
Anzeigen-Aufnahme
 für den „Correspondent“
9 Uhr vormittags.
 Im Interesse der Auf-
 traggeber bitten wir um
 gefl. Beachtung dieser
 Schlußfrist.
 Größere Anzeigen
 wollen man am Tage vorher
 anbringen.
 Geltegetig stellen wir
 mit, daß
 die Expedition von abds.
 7 1/2 Uhr ab geschlossen ist.
 Expedition
 des Merseb. Correspondent.

Johann Gottlieb Fichte.

Zu seinem hundertjährigen Todestage, 27. Januar. Wie ein deutscher Mann gefimmt und gemittelt sein, wie er Gesinnung und Willen für das Deutschthum betätigen, seinem Volke und Vaterlande leben soll, das hat durch Wort, Schrift und Tat, über die Jahrhundertgrenzen hinaus leuchtend, vorbildlich und immerdar Ziel gebend, der geistesgewaltige Denker besungen, der vor hundert Jahren dahingegangen ist, als ein Opfer des Freiheitskrieges, den er wie kein anderer seines Berufes durch die Macht seines tapferen Willens, durch die gottbegleitete Lebenskraft seiner Botschaft hat vorbereiten helfen. Johann Gottlieb Fichte erlag am 27. Januar 1814 dem anstehenden Fieber, das sich seine schwer erkrankte Frau bei der Pflege vermindert hatte.

Der volkstümlichste unter unsern großen Denkern und Gelehrten ist Fichte, weil er das deutsche Volkstum tiefer erfährt und begründet hat, als irgend ein Deutscher zuvor, in Fichte des religiösen Idealismus, im Lichte der Ewigkeit; weil er dem Deutschthum Aufgaben gestellt hat, deren Erfüllung das Dichterstück wahr zu machen versteht, das nur am deutschen Wesen die Welt einmal genesen kann. Volkstümlich ist Fichte auch wegen seiner Herkunft und als Beispiel dafür, was ein Mensch allein durch sich selbst zu werden und zu leisten vermag. Aus niedrigster Armut und durch die bittersten Drangsale hindurch hat er sich mit ebener Willenskraft zu der Höhe eines Ansehens emporgehoben, das am Jahreshundertage seines heimgegangenen hundertsten, als bei seinem Tode, denn heute ist lebendige Wirklichkeit, was er gekämpft und gefordert hat; heute haben wir den Einheitsstaat, der von ihm als die unerlässliche Voraussetzung erkannt worden ist, wenn dem Deutschthum die ihm gebührende Stellung in der Welt werden sollte.

„Herengold“ Roman von S. Courtis-Mähler.

(16. Fortsetzung.) (Nachdruck der Bücher.) Götz schrieb: „Mein lieber, verehrter, väterlicher Freund! Ihrem Wunsch gemäß ist ich morgen mit Jutta Resden, den ich nach Schönebeck reiten, obwohl ich gern noch eine Weile gemehrt hätte, bis ich ganz fest überzeugt wäre, daß Jutta mich genug liebt, um mir zu verzeihen. Denn das steht bei mir fest, - sie muß erfahren, daß wir beide die Heirat schon beprochen, ehe sie heimkehrte. Ich liebe Jutta unaufrichtig, mein treuer väterlicher Freund - sie ist in den prächtigen Wäldern das Glück und der Inhalt meines Lebens geworden. Ich weiß, daß sie mir schrankenlos vertraut, und dieses Vertrauen darf und will ich nicht täuschen. Klar und wahr soll es zwischen uns sein, und dann möge sie entscheiden, ob sie meine angetraute Frau sein kann und will.“

Daß Sie sich so lebend fühlen, tut mir herzlich leid. Ich verziehe Ihnen Nichts nach Bescheinigung der Entscheidung. Deshalb darf ich nicht mehr zögern, mit Jutta zu sprechen. Hoffentlich ist ihr Vertrauen und ihre Liebe zu mir groß genug, um mir trotz allem zu glauben, daß ich sie mit dem heiligsten, tiefsten Empfinden eines gereiften Mannes liebe. Ich will es heißen bitten nicht fehlen lassen, und so Gott will, bringe ich Ihnen Jutta morgen als meine Braut heim. Liebt sie mich wahrhaft, so wird sie mir verzeihen, daß ich gegen sie fehle, ehe ich sie kenne, daß es mich einen Augenblick leidt, Herr von Ravenau und Schönebeck zu werden. Heute abend ist mich nur dann, wenn Jutta als mein Weib heimzuführen zu dürfen, gleichviel ob sie die Erbין von Ravenau und Schönebeck oder eine Betlerin ist.“

Mit herzlichsten Grüßen und Wünschen für Ihre Gesundheit Ihr treu ergebener Götz Geschrieben.

Als der Graf diesen Brief gelesen, lag er eine Weile mit zufriednem Mädeln darauf nieder. Juttas Glück schien ihm in Götz' Händen wohlgeborgen. Er zwieselte keinen Augenblick, daß sie ihm verzeihen werde. Eigentlich gab es ja gar nichts zu verzeihen - Götz war offenbar zu gewissenhaft. Aber mochte es drum sein, mochte er ihr alles beschreiben.

Gerührt las er den Brief noch einmal durch. Schade, daß er ihn Jutta nicht geben durfte. Dieser Brief hätte

und Leben an die Ehre zu setzen, das Säugen am Staube, das die Erhebung vermischt. Rettung bringen könne nur die Wiedergeburt aus der unermüdlischen Kraft und Herrlichkeit des deutschen Wesens, die Erhebung zur deutschen Freiheit, Einheit und Macht durch den Geist, der das irdische Leben in höchster Pflanzbarkeit als ein ewiges begreift und das Vaterland als den Träger dieser Ewigkeit.

In diesen Volkstreden ungleichlichen und von einer hinterreichenden Wucht der Sprache, die nicht überboten werden kann, hat Fichte in der Zeit der tiefsten Not und Niedrigkeit Deutschlands die Frage: Was ist deutsch? so beantwortet, daß er immerdar aus der Erzieher zum Deutschthum worden wird, als ein Vorbild zur höchsten Tatkraft, als Führer zur freiesten nationalbewußten Pflicht und lautestren Wahrheithaftigkeit, ein Held der Gesinnung und des Willens. Fichte liegt in der vordersten Reihe derer, die an der Wiederaufrichtung Deutschlands Anteil gehabt und den Weg zu der Größe gezeigt haben, die das deutsche Volk heute erreicht hat. Als im Preußen im Frühling 1813 zum Befreiungskampfe erhob, hat sich Fichte abermals vergeblich erboten, das Hauptquartier als Feldner zu begleiten. Der mehr als fünfzigjährige stellte sich dann in Reih und Glied der Berliner Landwehrmänner. Ehe er schied, erlebte er noch, daß die deutsche Erde frei wurde und Blüher über den Rhein zog. Gellen wird von ihm, was auf dem Obeliseen seines Grabes in Berlin aus dem Propheten Daniel geschrieben steht: Die Hebrer werden leuchten wie des Himmels Glanz, und die, so viele zur Gerechtigkeit weisen, wie die Sterne immer und ewiglich.“

Deutschland.

Die Gründung eines Ausbaus für die Großagrarier in Stolp wird fastjahe. Landrat Dr. v. Brünning hat, der „Stolper-Zeitung“ zufolge, das dafür in Aussicht genommene Pauschalmaß einmütlich für 200 000 Mark geteilt. Es ist in letzter Zeit in den beschlissenen großagrariischen Kreisen mit Eifer und Arbeit gearbeitet worden, um auch die erforderliche Garantien zusammenzubringen. In dem Klubdrittjahr soll auch eine Ausspannung für bäuerliche Führer sowie Unterkunftsräume für die kleineren Landwirte vorhanden sein, in denen nur allfällige Gäste untergebracht werden können.

Eine Vertrauensmännerversammlung des Deutschen Bauernbundes tagte kürzlich im Wahlkreis des Reichstagsabg. S e i t e r m a n n. Es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: Die Vertrauensmännerversammlung sieht nur mit Rücksicht auf die bei einem Wahlskampfe zu erwartenden Wirrungen davon ab, Herrn Heistermann zum Abgeordneten zu ernennen. Die Vertrauensmännerversammlung erklärt einstimmig, daß Herr Heistermann das Vertrauen der Bauernbundesmitglieder im Wahlkreis Prignitz-Havelberg gegenstandslos verloren hat und sehen sie ihn von jetzt ab nicht mehr als ihren Vertreter an.

Während der Stellung der deutschen Kriegereverne. durch einer Stellungssetzung hat Generaloberst v. Lindequill die Leitung der deutschen Kriegereverne und ihren Amt als Vorsitzender niedergelegt. Zu seinem Nachfolger soll der General der Infanterie v. P l o s s, der mehrere Jahre das 8. Armee-corps befehligt hat, bestimmt worden sein. Nach der Krone ist die Nachricht den Tagesblättern voraus. Scheinlich ist der Wechsel in der Leitung der Kriegereverne n o c h n i c h t o l l g e n.

Wiedereröffnung der Verhandlungen im Brandt-Cecilius-Prozesse? Aus Anlaß des mitleiden Urteils im Krupp-Prozesse

vor dem Obergericht über die Zeugnismängel von Fran und Genossen, beauftragt, der „M.-West.-Ztg.“ zufolge, der Reichsgericht des Bureauverwalters Brand bezüglich der Verurteilung Brandts das Wiederanfnahmeverfahren zu beantragen. Brandt wurde befristlich am 8. November v. J. vor der Strafammer des Landgerichts I wegen fortgesetzter Verletzung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, die als verurteilt erachtet wurden.

Parlamentarisches.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 26. Jan.) Im Abgeordnetenhause stand am Montag die Interpellation der Freirevolutionäre über die Dienstbotenverhältnisse auf der Tagesordnung. Abg. Dr. Wagener-Breslau (L) erhob bei der Begründung dieser Interpellation schwere Vorwürfe gegen die Reichsregierung im allgemeinen, die ohne genügende Durcharbeitung vorzeitig erlassen worden sei, und beklagte es insbesondere, daß die preussische Regierung es unterlassen habe, die landesgesetzliche Regelung zu treffen, zu der sie nach dem Gesetze berechtigt wäre. Man hätte von der Befugnis, die Dienstbotenverhältnisse gesetzlich zu regeln, Gebrauch machen müssen. Der Reichsanwalt machte der Rede zum Vorwurf, daß sie zu langam arbeite und zu teuer sei. Handelsminister S i d o w bezeugte, daß ein Landgesetz für Preußen Vorteile gebracht hätte und verwies auf die Errichtung von Landparlamenten, damit, daß sich in den verschiedenen Gemeinden sehr verschiedene lokale Bedürfnisse nicht gemacht hätten. Darum habe die Zentralbehörde nicht die Verantwortung übernehmen können, überall Landparlamente vorzuschreiben, doch könne dies nach dem Gesetz immer noch dort geschehen, wo sich die Notwendigkeit dazu herausstelle. Die Frage der Verletzung von den landesrechtlichen Befugnissen im Einzelnen ist nicht zu erörtern, doch gehe es natürlich nicht an, alle Verhältnisse gleichartig abzuleiten. In der Beantwortung der Interpellation bezeugte er der Abg. Dr. S a h u (L) mit Genehmigung, daß der Minister einzelne Wünsche offen gegeben habe. Er forderte, daß man die Dienstboten überhaupt nicht in die Erörterung bringen solle, sondern in allgemeine Landparlamente, wobei ihm hauptsächlich die Angst vor der Sozialdemokratie zu Leide tue. Dann lang er ein höchst fleißiges über die hohen sozialpolitischen Stellen, die Landwirtheität und Industrie gleichmäßig bedürfen. Abg. W i e p e r (Z) warnte davor, die Frage im Sinne der Landparlamente zu lösen und empfahl als Schutz gegen die Sozialdemokratie die Förderung der christlichen Gewerkschaften. Abg. Dr. C r e m e r (M) erklärte sich mit den Ausführungen des Ministers einverstanden und bezeugte die Dienstbotenverhältnisse als eine soziale Frage, die durch den Dienstboten Wert leant und ihnen deshalb die Beitragszahlung nicht ganz abnehmen soll. In der Errichtung von Landparlamenten erblickt er das beste Mittel, um laugewogenen Klagen in vielen Fällen Abhilfe zu schaffen. Demgegenüber betonte Abg. Dr. W u g a n (Vorherr, Dpt), daß eine zu weitgehende Schärfung von Sozialparlamenten sehr leistungsfähige Kräfte erzielen würde. Er tritt entschieden, daß die bisherige Dienstbotenversicherung ausreichte, und daß die deutschen Bauern Gegner der neuen Versicherung seien, das treffe nur vereinzelt zu. Die Ursache der Anträge auf Verlegung

In der Nacht, die diesem Tage folgte, wurde es plötzlich im Schloss lebendig. Der Graf hatte wieder einen besonders schweren Anfall seines Leidens. Er verlangte nach seinem Entlein und ließ einen reitenden Boten nach Gerlachshausen senden, Götz herbeizuholen.

Jutta eilte bekräftigt herbei. Sie hatte nur einen Morgenanzug übergeworfen. Ihr Haar hing in zwei schweren Zöpfen über den Rücken.

Als sie mit diesem Gesicht das Schlafzimmer ihres Großvaters betrat, fand sie ihn halbangerichtet, von Seidelmann und Frau Wohlgeut unterrichtet, im Bett liegend. Schwer rang er mit der furchtbaren Erkenntnis, die ihm besaßen hatte. Sein Gesicht war bläulich gefärbt, und die Augen starrten ihr angstvoll entgegen.

Sie eilte an seine Seite und beugte sich über ihn.

Großpapa, lieber Großpapa! rief sie kindergeräthlich. Er kaffete nach ihrem Hand und lag sie mit einem unbeschreiblichen Blick an.

Mein - liebes - Kind!

Jutta küßte seine Hand und wandte sich an Frau Wohlgeut.

Wurde zum Arzt gesandt? Was ist denn mit Großpapa geworden?

Der Arzt muß bald hier sein. Es ist ein Anfall des alten Leidens unseres gnädigen Herrn Grafen. Jutta blinnte betroffen auf.

Satte Großpapa schon öfter solche Anfälle?

Ja, leider aber nicht so schlimm wie heute. Es ist auch schon nach Herrn von Gerlachshausen geschickt worden.

Alles umfaßte tief die Hand des Kranken.

Mein armer, lieber Großpapa, ich mußte ja gar nicht, daß du so krank bist! Kann ich dir nicht helfen?

Der Kranke schüttelte leicht den Kopf und machte Seidelmann ein Zeichen. Der verstand es sofort und reichte dem Kranken ein neues Pulver.

Dann wurde der Kranken etwas leichter. Ravenau ließ sich noch mehr zurückziehen. Dann zog er Jutta zu sich.

Kind - meine Jutta! Du kannst mir das Sterben leicht machen.

Großpapa?

Es geht zu Ende. Wirst du?

Alles mit einem Blick, der nur bleibe bei mir, sagte sie mit tranenerfüllter Stimme. Ich habe ja niemand als dich, mein lieber, lieber Großpapa!

Doch - Götz Gerlachshausen - Jutta, liebt du ihn?

Sie verbergte ergrüßend ihr Gesicht in seinen Händen und nickte nur ein wenig. Aber er hatte es bemerkt, und auch Seidelmann, die mit ihrem guten Gehör die gestellte Frage vernommen, sah das Erglühen und das bleiche Kellen des jungen Hauptes.

(Fortsetzung folgt.)

Korrespondent.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf.
Der Korrespondent wird durch seine Abonnenten in
den Kreisen der Landwirtschaft, der Industrie und
des Handels und auf dem Gebiete der Politik, der
Wissenschaft und der Kunst in Deutschland und
im Ausland in der Regel am besten unterrichtet.
Korrespondenten werden in der Regel mit besonderer
Beachtung aufgenommen. Für die Redaktion sind
Korrespondenten in allen Provinzen Deutschlands
zu suchen.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
3seitig illustriertes Unterhaltungsblatt
mit neuesten Romanen und Novellen.
4seitiges landwirtschaftliches und handelspolitisches
Mitteilungsblatt.

Anzeigenpreis: Für die erste Zeile eines Anzeigenblattes für eine Woche
10 Pf., für die zweite Zeile 8 Pf., für die dritte Zeile 6 Pf., für die vierte Zeile 5 Pf.,
für die fünfte Zeile 4 Pf., für die sechste Zeile 3 Pf., für die siebente Zeile 2 Pf.,
für die achte Zeile 1 Pf., für die neunte Zeile 1 Pf., für die zehnte Zeile 1 Pf.,
für die elfte Zeile 1 Pf., für die zwölfte Zeile 1 Pf., für die dreizehnte Zeile 1 Pf.,
für die vierzehnte Zeile 1 Pf., für die fünfzehnte Zeile 1 Pf., für die sechzehnte Zeile 1 Pf.,
für die siebzehnte Zeile 1 Pf., für die achtzehnte Zeile 1 Pf., für die neunzehnte Zeile 1 Pf.,
für die zwanzigste Zeile 1 Pf., für die einundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die zweiundzwanzigste Zeile 1 Pf.,
für die dreiundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die vierundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die fünfundzwanzigste Zeile 1 Pf.,
für die sechsundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die achtundzwanzigste Zeile 1 Pf.,
für die neunundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die dreißigste Zeile 1 Pf., für die einunddreißigste Zeile 1 Pf.,
für die zweiunddreißigste Zeile 1 Pf., für die dreiunddreißigste Zeile 1 Pf., für die vierunddreißigste Zeile 1 Pf.,
für die fünfunddreißigste Zeile 1 Pf., für die sechsunddreißigste Zeile 1 Pf., für die siebenunddreißigste Zeile 1 Pf.,
für die achtunddreißigste Zeile 1 Pf., für die neununddreißigste Zeile 1 Pf., für die vierzigste Zeile 1 Pf.,
für die einundvierzigste Zeile 1 Pf., für die zweiundvierzigste Zeile 1 Pf., für die dreiundvierzigste Zeile 1 Pf.,
für die vierundvierzigste Zeile 1 Pf., für die fünfundvierzigste Zeile 1 Pf., für die sechsundvierzigste Zeile 1 Pf.,
für die siebenundvierzigste Zeile 1 Pf., für die achtundvierzigste Zeile 1 Pf., für die neunundvierzigste Zeile 1 Pf.,
für die fünfzigste Zeile 1 Pf., für die einundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die zweiundfünfzigste Zeile 1 Pf.,
für die dreiundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die vierundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die fünfundfünfzigste Zeile 1 Pf.,
für die sechsundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die achtundfünfzigste Zeile 1 Pf.,
für die neunundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die sechzigste Zeile 1 Pf., für die einundsechzigste Zeile 1 Pf.,
für die zweiundsechzigste Zeile 1 Pf., für die dreiundsechzigste Zeile 1 Pf., für die vierundsechzigste Zeile 1 Pf.,
für die fünfundsechzigste Zeile 1 Pf., für die sechsundsechzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundsechzigste Zeile 1 Pf.,
für die achtundsechzigste Zeile 1 Pf., für die neunundsechzigste Zeile 1 Pf., für die siebenzigste Zeile 1 Pf.,
für die einundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die zweiundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die dreiundsiebzigste Zeile 1 Pf.,
für die vierundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die fünfundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die sechsundsiebzigste Zeile 1 Pf.,
für die siebenundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die achtundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die neunundsiebzigste Zeile 1 Pf.,
für die achtzigste Zeile 1 Pf., für die einundachtzigste Zeile 1 Pf., für die zweiundachtzigste Zeile 1 Pf.,
für die dreiundachtzigste Zeile 1 Pf., für die vierundachtzigste Zeile 1 Pf., für die fünfundachtzigste Zeile 1 Pf.,
für die sechsundachtzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundachtzigste Zeile 1 Pf., für die achtundachtzigste Zeile 1 Pf.,
für die neunundachtzigste Zeile 1 Pf., für die neunzigste Zeile 1 Pf., für die einundneunzigste Zeile 1 Pf.,
für die zweiundneunzigste Zeile 1 Pf., für die dreiundneunzigste Zeile 1 Pf., für die vierundneunzigste Zeile 1 Pf.,
für die fünfundneunzigste Zeile 1 Pf., für die sechsundneunzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundneunzigste Zeile 1 Pf.,
für die achtundneunzigste Zeile 1 Pf., für die neunundneunzigste Zeile 1 Pf., für die hundertste Zeile 1 Pf.

Nr. 23.

Wittwoch den 28. Januar 1914.

46. Jahrgang

Landwirtschaftliche Fragen und Fortschrittliche Volkspartei.

In der jetzt zum Abschluß gebrachten zweiten Berathung des Landwirtschaftsausschusses hat der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei, Abg. Dr. Pachnide, die Stellung der Fortschrittlichen Volkspartei zu mehreren landwirtschaftlichen Fragen präzisirt. Wie es bei diesem Etat nicht anders möglich war, ist er dabei auch auf die Zollpolitik, obwohl diese an sich eine Sache des Reiches ist, eingegangen und hat auf die Frage, was die Fortschrittliche Volkspartei an dem Zolltarife ändern wolle, hündig erwidert:

Wir verlangen eine Revision des Zolltarifs — und hier bewegen wir uns in den Grenzen der praktischen Politik — nach der Seite der Futtermittelzölle.

Er war in der günstigen Lage, zur Begründung dieser Forderung als Beispielsfall den konserverfabrikanten Abg. Soelch anführen zu können, der kurz vor ihm gesprochen und erklärt hatte, daß in Deutschland eine Willkür der Markt für Futtermittel ausgebeutet werde. Im Anschluß hieran bemerkte Abg. Dr. Pachnide:

Nun frage ich, meine Herren: Was davon ist zollpflichtig? Was also wird durch Zölle im Preise künstlich gehindert? Das ist bei Futtermitteln ich rechne pro Tonne — 13 Mk. bei Safer 50 Mk. bei Weizen 20 Mk., bei Futterbohnen 15 Mk. bei Lupinen 15 Mk. pro Tonne, bei Weizen 15 Mk. Das ist doch immerhin recht beträchtlich. Und wenn nun da die Vorschläge des vorhin so sehr gerühmten Herrn Freiherrn v. Wangenheim Annahme gefunden hätten, wenn die Anträge des Bundes der Landwirte da durchgegangen wären, was würde die deutsche Viehzucht da an Lasten zu tragen haben? Ich will es Ihnen sagen: für Gerste 75 Mk. pro Tonne, für Weizen nicht 30, sondern 50 Mk. pro Tonne, für Futterbohnen um 50 Mk., für Futterrüben 10 und 20 Mk. pro Tonne. Das waren die Vorschläge Ihrer Freunde; soweit wollten sie in der Belastung der deutschen Viehzucht gehen.

Die Last, die von den deutschen Viehzüchtern infolge der Futtermittelzölle zu tragen ist, ist nach dem fortgeschrittenen Redner mit 60 618 80 Millionen

nach schlechter wurden, gerade weil wir solche für Amerika wichtige Zölle aufrechterhalten haben. Also das sind keine Gründe.

Sehr bemerkenswert sind dann auch noch die Ausführungen des fortgeschrittenen Fraktionsredners über das Verhältnis zwischen Groß- und Kleinbesitz. Wie er feststellte, bricht die sozialdemokratische Lehre hier vollständig zusammen: „Nicht so vollständig sieht die Dinge in der Landwirtschaft, daß zuletzt der Größte dem Kleinsten gegenübertritt. Vielmehr erweitert sich die Mittelschicht. Die Zahl der bäuerlichen Betriebe, denen man den Untergang vorausgesetzt hat, nimmt zu. Die Entwicklung läuft der sozialistischen Theorie zuwider, und wir dürfen uns freuen, daß dem so ist. Das gibt uns Hoffnung für die Zukunft. Diese Entwicklung ist uns so erwünscht, daß wir sie noch in jeder Weise fördern möchten.“

Als solche Förderungsmittel nannte der Redner die angemessene Ordnung des Wildschadenerschlages und des Jagdrechts, ferner verlangte er eine bessere berufliche Vertretung der Landwirtschaft, wobei den Interessen des kleinen und mittleren Besitzes weit mehr als bisher entgegenkommen werden muß. Dabei sagte er u. a.:

„Sehen Sie sich die Landwirtschaftskammern an und das Wahlrecht zu diesen Kammern an. Was kommt dabei heraus? Sie sind im wesentlichen eine Vertretung des großen und größten Grundbesitzes. Ich kenne einen einzigen Kammernmann; ich will darauf verzichten. Sehen Sie den Landwirtschaftsrat selbst an, eine Körperschaft, auf deren Stimme man zu hören pflegt. Preußen wird im Deutschen Landwirtschaftsrat von 25 durch die Landwirtschaftskammern — von Hohenzollern abgesehen — ernannten Mitgliedern vertreten. Welches sind diese Mitglieder? Welche Betriebe führen sie? Unter den 25 sind nicht weniger als 20 ohne weiteres dem Großgrundbesitz zuzurechnen, und die fünf bürgerlichen sind, wenn ich die Namen nennen darf, weil Sie das vielleicht interessieren wird, die Herren Steinmeier, Endell, Pauli, Engelbrecht und Hartmann-Lübde, auch keine Kleingrundbesitzer, sondern Vertreter größerer Betriebe.“

Nun haben wir Ihnen schon früher den Vorschlag unterbreitet; ändern Sie das Wahlrecht, lassen Sie auch die Kleineren in diese Vertretung hinein! — Und wenn Sie nun die Kleineren Besitzer nicht in Ihre eigenen Organisationen aufnehmen wollen, bilden Sie wenigstens Ausschüsse für die Kleineren und mittleren Besitzer, entsprechend dem Vorbilde, das Ihnen Industrie und Handel geben. Warum denn nicht?“

Gegenüber dem Einwande der Agrarier, daß der Großgrundbesitzer Führer auf dem platten Lande sein müsse, wies Abg. Dr. Pachnide darauf hin, daß man von unserer preußisch-deutschen Bauernschaft doch wohl höher zu denken habe und ihr die Kraft und Fähigkeit zutrauen könne, ihre eigene Sache in die eigene Hand zu nehmen. Den Gegensatz zwischen der Behandlung landwirtschaftlicher Fragen durch die Konservativen und die freisinnigen charakterisierte der Redner dann zum Schluß sehr treffend mit folgenden Worten: „Blicken Sie, wohin Sie wollen, meinetwegen auf den großen Grundbesitz, der so stark in Ihren Reihen vertreten ist; wir blicken auf den kleinen und mittleren Besitz. Er ist der Träger der Viehzucht und damit die Stütze der Volksernährung. Er leidet immer Vorrang auf dem Gebiete der Viehzucht und damit wir unsere Fürsorge zuwenden, der Großgrundbesitzer wird sich schon selber helfen. Bauernpolitik, nicht Großgrundbesitzpolitik, das ist unser Standpunkt.“

Ueber die innere Kolonisation in Ostpreußen

schreibt man der „S. C.“: Die ostpreussische Landgesellschaft zu Königsberg gibt die aufgestellten Be-

rechnungspläne für die Herrschaft Zablonen (Kreis Drielsburg) und drei weitere Güter (Groß-Borten, Kreis Drielsburg; Klein-Schirrau, Kreis Wehlau, und Barthenhof, Kreis Necko) bekannt. Die Gesamtfläche umfaßt über 4500 Hektar, darunter in Zablonen einen Waldkomplex von 500 Hektar, der sehr gut bestanden sein soll und den das allgemeine Interesse natürlich am liebsten in die Hand des Forstfiskus übergehen sehen würde.

Die Verteilung ist vorgesehen wie folgt: in der Herrschaft Zablonen ein Großbetrieb von 1250 Hektar (einschließlich des Waldes), drei weitere Großbetriebe von 200—375 Hektar, eine Stelle von 75 Hektar, eine von 65 Hektar, endlich ein Gasthausgrundstück, 10 bäuerliche Handwerker, 30 Bauern, 12 Arbeiterstellen. Auf den drei anderen Gütern sind ausgelegt: 4 Großbetriebe von 100—340 Hektar, 3 bäuerliche Handwerker, 24 Bauern und 29 Arbeiterstellen.

Man muß füglich fragen: ist das „innere Kolonisation“, wenn man über eine landwirtschaftlich nutzbare Fläche von zusammen rund 4000 Hektar im ganzen 41 Arbeiterstellen, 13 Handwerker- und 54 Bauernstellen verteilt? Der bekannte langjährige General-Kommissionspräsident Rey betont in der Vorrede seiner „Erfahrungen“ in der inneren Kolonisation, man müsse sich stets bewußt bleiben, daß nicht einzelne Rentengüter geschaffen werden sollen, sondern, die Grundlände einer auf die Dauer berechneten öffentlichen Wirtschaft, d. h. also Dörfer, Lebensfähige und kräftige Bauerngemeinden — also wie jetzt in Ostpreußen! Freilich, in Preußen darf man die erstfällige Durchführung einer solchen Kultur nicht erwarten, leider auch nicht unter dem Einfluß eines Landwirtschaftsministers, wie es Herr von Schorlemer ist.

Wie ungerecht das preussische Dreitaktenwahlrecht wirkt,

das neulich erst wieder der Abg. Dr. v. Heydenbrand in den Himmel hob, ergibt sich nicht nur aus der Zahl der für die einzelnen Parteien abgegebenen Urwählerstimmen, sondern sogar schon aus der Zahl der für die Parteien vorhandenen Wahlmännestimmen. Hierbei ist noch besonders zu berücksichtigen, daß in vielen Wahlkreisen die gewählten Wahlmänner der Minoritätsparteien, also zumeist der Linken, sich überhaupt an der für sie zweifachen Abgeordnetenwahl garnicht beteiligen haben. Wenn sie dies getan hätten, würden die Zahlen, die wir jetzt nach amtlichen Material mitteilen, noch drastischer sein.

Für die Konservativen wurden 6089 Wahlmännestimmen abgegeben, und die Partei erhielt dafür die enorme Zahl von 148 Abgeordneten, es entfallen also im Durchschnitt auf einen gewählten Abgeordneten 406 Wahlmänner. Die freikonservative Fraktion erhielt auf 20343 Wahlmännestimmen nicht weniger als 54 Abgeordnete und das Zentrum auf 56250 Wahlmännestimmen 193 parlamentarische Vertreter. Dagegen entfielen bei den Nationalliberalen auf 39298 Wahlmännestimmen nur 73 Abgeordnete, d. h. jeder Abgeordnete mußte im Durchschnitt 538 Wahlmänner auf sich vereinigen; die fortschrittliche Volkspartei bekam bei 23535 Wahlmännestimmen (also bei weit mehr als 3. D. die freikonservative Partei erhielt) nur 40 Abgeordnete (also bedeutend weniger als die eben genannte Fraktion), für jeden ihrer gewählten Abgeordneten ergibt sich eine Durchschnittsziffer von 587 Wahlmännern. Und die Sozialdemokraten erreichten bei 15653 abgegebenen Wahlmännestimmen 10 Abgeordnete; jeder dieser hat also im Durchschnitt 1565 Wahlmänner hinter sich. Auch aus diesen Ziffern ergibt sich mit aller Evidenz, die Ungerechtigkeit des Wahlrechts in Verbindung mit der durchaus veralteten und reformbedürftigen Wahlkreiseinteilung.

Lc.

